

Sicherheit in Nordeuropa — Das Jahr 2000

Durchgreifende Veränderungen haben in der europäischen Sicherheitsstruktur seit dem Ende des kalten Krieges 1990-1991 stattgefunden, als sich zunächst die osteuropäischen, sozialistischen Länder auf den Weg zur westlichen Demokratisierung und zur Marktwirtschaft machten, und dann die Sowjetunion selbst innerhalb weniger Monate auseinanderfiel. Obgleich das Ende des kalten Krieges als solches als ein positives Phänomen betrachtet werden kann, hat es darüber hinaus eine ungeheure Vielzahl neuer Probleme geschaffen, als nämlich alte Strukturen plötzlich durch neuartige ersetzt wurden.

Es ist sicherlich angemessen, daran zu erinnern, daß der stetige Wettstreit zwischen der Großmacht Vereinigte Staaten und der Großmacht Sowjetunion Strukturen hervorgebracht hatte, die in wirksamer Weise dazu dienten, die zwischen beiden Mächten bestehende Spannung und die Interessenkonflikte im Rahmen zu halten. Lag es doch im Interesse der beiden Supermächte, das internationale System so stabil wie nur eben möglich zu halten, so daß die Voraussagbarkeit internationaler Entwicklungen so hoch wie nur eben möglich blieb.

In der Zeit nach dem kalten Krieg erwies sich dann die Situation als vollkommen anders. Erstens spielen mit dem Ende der Ideologien ethnische und verwandte Faktoren, die zutiefst in der Vergangenheit verwurzelt sind, eine zentralere Rolle als zuvor.

Zweitens: Wenn auch die Militärbündnisse des kalten Krieges entweder verschwunden sind (Warschauer Pakt), oder ihre Rolle einer Revision unterziehen müssen (Nato), so ist doch eine multilaterale Zusammenarbeit wichtiger geworden, wodurch sich die Rolle nationaler Regierungen gewandelt hat.

Eine der größten Veränderungen bestand in der Notwendigkeit, das Konzept „Sicherheit“ auf eine ganz neue Weise zu definieren. Es wird immer klarer, wie z.B. der jüngste Bericht der finnischen Regierung zur Sicherheitspolitik betont, daß das Konzept der Sicherheit vom militärischen auf den nichtmilitärischen Sektor ausgeweitet worden ist. Als die Sicherheitsordnung, die durch das System des kalten Krieges aufrechterhalten wurde, erst einmal verschwunden war, erschienen ganz neuartige Bedrohungen der Stabilität des internationalen Systems. In Finnland, beispielsweise, ist es nicht ein militärischer Angriff von außen, sondern es sind Probleme wie Umweltkrise, Ausweitung des organisierten Verbrechens und die Möglichkeit einer unkontrollierten Massenmigration aus einem Land ins andere, wovor sich die Menschen besonders fürchten. Das bedeutet dann auch, daß die Zusammenarbeit auf dem Gebiet einer internationalen Sicherheitspolitik in neuem Licht erscheint.

Während die Spannungen des kalten Krieges nicht mehr das internationale System beherrschen, ist es notwendig geworden, modernere Methoden zur Konfliktbewältigung zu schaffen. Jetzt wird betont, daß wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand Frieden und Zusammenarbeit garantieren, und daß wachsende Unterschiede im Lebensstandard innerhalb Europas eine ernsthafte Bedrohung der europäischen Sicherheit darstellen.

Aber das Verschwinden der Strukturen des kalten Krieges hat auch mit sich gebracht, daß es schwieriger geworden ist, das internationale System zu stabilisieren. Zahlreiche ethnische und andere Konflikte müssen irgendwie eingedämmt werden. Das Krisen- oder Konfliktmanagement ist zu einer neuen internationalen Aufgabe sowohl für Einzelstaaten als auch für internationale Organisationen geworden.

Heutzutage arbeiten verschiedene internationale Protagonisten auf dem Gebiet der Konfliktbewältigung einträchtig zusammen. Deshalb kann man sagen, es besteht eine offenkundige Notwendigkeit der Rationalisierung des internationalen Systems, so daß die Aufgabengebiete verschiedener Organisationen und Institutionen unmißverständlich definiert werden. Auch liegt es im Interesse dieser Institutionen und Organisationen selbst, einen Konsens in Bezug auf ihre Aufgaben und gegenseitigen Beziehungen zu finden.

Aus finnischer Sicht ist solch ein Prozeß der Rationalisierung mehr als notwendig. Zur Zeit des kalten Krieges konnte man Finnlands Politik als eine Politik der Angleichung beschreiben, eine offenkundige Erfordernis für jedes kleine Land. Finnland wählte eine Politik der Neutralität, oder eine Politik, sich von den Großmachtkonflikten fernzuhalten, und sich — statt auf irgendwelche Bündnisverpflichtungen — auf die einigenden Ressourcen zu verlassen.

Finnland hat lange um die Glaubwürdigkeit seiner Neutralität gekämpft. Ist es doch ein Treppenwitz der Geschichte, daß Neutralität als bestimmendes Konzept bereits überholt war, als schließlich der sowjetische Präsident Michael Gorbatschow im Herbst 1989 in einer Rede in Helsinki schließlich anerkannte, daß Finnland in der Tat ein echt neutrales skandinavisches Land sei. Das Finnland von 1991 wie das Finnland von heute betont die Notwendigkeit einer friedlichen Vermittlung bei internationalen Konflikten.

Aber die Neutralität als solche ist etwas, das der Vergangenheit angehört: In unserer heutigen Welt würde Neutralität eher bedeuten, daß man vor Verletzungen des Völkerrechts und der Völkerrechtsnormen die Augen verschließt, anstatt die Konfliktbewältigung konstruktiv anzugehen.

In der Welt nach dem kalten Krieg hat sich auch die Rolle europäischer Kleinstaaten gewandelt. Nunmehr können kleine Staaten ihren Beitrag zur europäischen Stabilität einbringen, indem sie eine Anzahl von Mitgliedschaften eingehen, anstatt ohne sie allein zu bestehen. Das ist eine der grundlegenden Schlußfolgerungen im Bericht über eine Sicherheitspolitik der finnischen Regierung: Aufgrund der wachsenden wechselseitigen Abhängigkeit aller Länder, seien sie nun groß oder klein, muß jedes Mitglied des europäischen Systems der Staaten seinen Beitrag zur gemeinsamen europäischen Sicherheit leisten.

Eine derartige Politik hat klare Auswirkungen auf die finnische Außen- und Sicherheitspolitik. Finnland muß und kann eine aktivere Rolle in der Konfliktbewältigung auf allen Ebenen der Auseinandersetzung spielen, beginnend mit den eher herkömmlichen, vertrauensbildenden Maßnahmen über verschiedene Frühwarnsysteme bis zur außenpolitischen Vermittlung bei der konkreten Bewahrung des Friedens. Nun ist jedoch die Durchsetzung des Friedens für Finnland nicht bestimmend. Die finnische Regierung glaubt, daß eine funktionelle Zusammenarbeit die bestmögliche Grundlage für eine neue und wirksame Sicherheitsstruktur darstellt.

Um nun etwaige Konflikte — insbesondere jene im früheren Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion — daran zu hindern, sich auf andere Teile Europas auszudehnen, ist eine intensive Kooperation erforderlich. In Zukunft werden europäische Sicherheitsorgane und andere Organisationen Instrumente zum Aufbau der Stabilität sein. Um jedoch diese Aufgabe wirksam durchzuführen, müssen sie in ihrer jeweiligen Rolle und den Wechselbeziehungen einhellig vorgehen. Jede Organisation hat ihren Platz, der nur erst gefunden und klar definiert werden muß. Finnland ist willens, seinen positiven Beitrag zu derlei Bemühungen zu leisten.

Institutionen und Organisationen im europäischen Sicherheitssystem

Das Europa der Jahrzehnte des kalten Krieges liegt numehr unwiderruflich hinter uns. Verschwunden ist auch die Disziplin, die der Außenpolitik europäischer Staaten auferlegt wurde, insbesondere wo es um jene auf der östlichen Seite der Ost-West-Trennlinie ging, und zwar durch die Forderung zum Zusammenhalt innerhalb der militärischen Allianzen.

Die turbulente Veränderung im Gefolge des kalten Krieges hat verschiedene neue Sicherheitsprobleme mit sich gebracht: Politische Instabilität, regionale und inländische Dispute, unkontrollierbare Wanderbewegungen, religiöse und ethnische Auseinandersetzungen, um nur einige offenkundige zu benennen. Wenn es gutgeht, dann werden solcherlei Probleme auf Jahrzehnte hinaus Konfliktursachen darstellen. Wenn es schlecht kommt, können sie zu einem bewaffneten Konflikt eskalieren. Mir scheint es, die einzige Möglichkeit, sich diesen Problemen zu stellen, sind gemeinsame Bemühungen.

Ich bin überzeugt, daß es nicht in Finnlands vorrangigem Interesse ist, Abstand zu solcherlei Aktivitäten beizubehalten, sondern stattdessen aktiv an den gemeinsamen Bemühungen teilzunehmen. Auf lange Sicht wird ein internationales System auf der Grundlage der Zusammenarbeit und der Konfliktüberwindung am besten Frieden und Freiheit für uns und andere kleine Nationen sicherstellen und nicht ein Lösungsansatz auf der Grundlage von Konkurrenz und Konflikt. Aber welche der zahlreichen europäischen Organisationen wird sich am besten bewähren, wenn erst einmal das Jahr 2000 ansteht?

Lassen Sie uns zunächst die Möglichkeiten in Betracht ziehen, die sich ergeben, wenn sich die Europäische Union anschickt zu definieren, welche Elemente ihre gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ausmachen. Dieser Vorgang beginnt im nächsten Jahr mit der Zwischenstaatlichen Konferenz 96 (IGC 96). Bisher stellt die europäische Verteidigungs- und Sicherheitsidentität ein symbolisches Konzept dar. Dieses Konzept jedoch dokumentiert klar die Bereitschaft der EU-Mitgliedstaaten, die Probleme gemeinsam zu lösen, wie auch das mittelfristige Ziel, eine gemeinsame Verteidigungspolitik zu entwickeln. Das läßt sich natürlich nicht über Nacht entwickeln, sondern die Anerkennung des gemeinsamen Ziels gestattet es der Union, verschiedene Optionen der Politik aktiv zu entwickeln und in Betracht zu ziehen. Die WEU (Westeuropäische Union) ist Teil des europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsbereichs, obwohl ihre genaue Rolle und ihr Mandat erst noch bestimmt werden müssen.

Es ist wohl bekannt, daß es divergierende Vorstellungen darüber gibt, ob die Verteidigungsaspekte entwickelt werden müssen, um den Aufbau Europas, der bereits auf anderen Gebieten verwirklicht wurden, angemessen zu ergänzen, oder ob man auf die Sicherheitsinteressen der EU-Mitgliedstaaten reagieren soll. Die Wahl der Perspektive beeinflusst das Gefühl der Dringlichkeit, das jeder EU-Mitgliedstaat im Hinblick auf die Verwirklichung der politischen Option empfindet.

Das Ergebnis der Verteidigungsbemühungen hängt ab von den Wunschkonzeptionen der EU-Mitgliedstaaten und vom Druck, der im außenpolitischen Zusammenhang ausgeübt wird, innerhalb dessen diese Verteidigungsvorstellung entwickelt wird. Die IGC, die Zwischenstaatliche Konferenz 96, muß festlegen, worauf die Europäische Union in diesem bedeutenden Politikbereich hinarbeitet.

Verschiedene Sicherheitsorganisationen werden auch weiterhin bleiben, wodurch die politischen Alternativen eingengt sind. Die betroffenen Länder scheinen einen gewissen Grad von Konsens über die zukünftigen Beziehungen zwischen Nato und EU/WEU erreicht zu haben. Diese Organisationen zielen nicht darauf ab, miteinander in Konkurrenz zu treten, noch wollen sie einander ersetzen. Ihr Umbildungsprozeß zielt eher darauf ab, sich gegenseitig zu stärken, und man kann sagen, daß sie tatsächlich die Entwicklung des jeweils anderen bedingen. Mitgliedschaft in vielen verschiedenen Organisationen wird die europäische Stabilität dadurch vergrößern, daß sie mehrfache Bedingungen zwischen den Ländern auf verschiedenen Ebenen schaffen.

Eine gemeinsame Verteidigungspolitik ist eine Vorkehrung unter anderen, die dem Gesamtziel einer Stärkung der europäischen Sicherheit dienen. Das Ziel ist, eine eingeschränkte europäische Eingriffsfähigkeit aufzubauen, die sich rasch einsetzen ließe, um bei jeder Krisenbewältigung angewendet zu werden, die eines gemeinsamen europäischen Eingreifens bedarf. Die Notwendigkeit einer raschen Reaktion erfordert einen wirksamen Mechanismus für die Entscheidungsfindung. Eine solche Fähigkeit ergänzt die umfassende Gemeinsamkeit der Union, die umso mehr erforderlich ist, wenn Sicherheitsprobleme komplizierter werden und mit neuartigen Faktoren in Verbindung auftreten.

Vor einer Woche hat die nationale Koalitionspartei ihren Parteitag in Vasa abgehalten, wobei sie die folgende politische Absichtserklärung annahm:

„Es besteht kein Grund dafür, daß Finnland die Entwicklung einer EU-Verteidigungspolitik verhüten sollte, statt die Bemühungen um eine Intensivierung der Sicherheit zu unterstützen.“ Vom Gesichtspunkt der eigenen finnischen Sicherheit und der nordeuropäischen Stabilität aus, ist jedoch unter den gegebenen Umständen die finnische Politik der militärischen Block-Freiheit und eine glaubwürdige unabhängige Verteidigungsmöglichkeit eine wohlbegründete politische Lösung. Finnland muß bereit sein, verschiedene Lösungen in Betracht zu ziehen, wenn sie darauf hinauslaufen, die Sicherheit des Landes zu stärken. Ich persönlich glaube, daß die Zeit für eine solche Neubewertung der Politik gegen Ende dieses Jahrzehnts reif sein wird.

Wie Sie wissen hat die OSZE immer eine besondere Rolle in der finnischen Außenpolitik gespielt. Wir glauben, daß im neuen Europa nach dem kalten Krieg Konfliktverhütung um so wichtiger wird, und daß dabei die OSZE eine nützliche Rolle zu spielen vermag. Wir ersuchen nachdrücklich die gesamte europäische Staatengemeinschaft, die friedenserhaltenden Bemühungen der OSZE in Nagornij Karabakh zu unterstützen. Die OSZE muß natürlich mit anderen internationalen Organisationen wie der UNO, der EU und der Nato zusammenarbeiten, um ihre Rolle in diesem Zusammenhang tatsächlich zu spielen. Es ist recht offensichtlich, daß in Bereichen des Krisenmanagements, wie z.B. Frühwarnung und Krisenverhütung, die OSZE einen positiven Beitrag zu leisten weiß.

Wie steht es mit der Nato? Hat sie ihre Nützlichkeit als Sicherheitsorganisation überlebt? Das glaube ich nicht. Als eine Organisation für die militärische Verteidigung Europas bleibt die Nato auch weiterhin eine lebenswichtige Institution. Seit ihrer Gründung 1949 hat sie in spürbarer Weise einen Beitrag zur europäischen Sicherheit, einschließlich der nordeuropäischen Sicherheit, zu leisten vermocht. Ich hege keinerlei Zweifel, daß die Kernfunktion der Nato — kollektive Verteidigung für die Mitgliedstaaten zu organisieren — beibehalten wird, ganz gleich wie die Nato sich den wandelnden Gegebenheiten anzugleichen beschließt. Darüber hinaus ist die Fähigkeit der Nato, die transatlantische Bindung auf dem Sicherheitssektor stark zu halten, ein Gewinn für die europäische Sicherheit und Stabilität.

Da die Mitglieder der europäischen Union, die gleichzeitig eine Mitgliedschaft in der Nato haben, sich auch weiterhin auf diese Organisation in Verteidigungsfragen verlassen, wäre die Einrichtung einer gemeinsamen militärischen EU-Verteidigungsorganisation eine Verschwendung ohnehin schwacher Ressourcen, zu der man deshalb nicht ermutigen sollte. Ich erwarte auch nicht, daß die Nato als kollektive Verteidigungsorganisation durch die WEU ersetzt werden könnte. Die WEU hat keine getrennte militärische Organisation zur Verfügung, und die gemeinsame Verteidigung der Vollmitglieder wird in praxi durch die Nato gewährleistet. Die Weiterentwicklung des Konzepts einer gemeinsamen Eingreiftruppe und die Bereitschaft der Nato, ihre kollektiven Möglichkeiten für WEU-Operationen verfügbar zu machen, die dann von europäischen Nato-Mitgliedern im Verlauf verschiedener Krisenmanagementtätigkeiten durchgeführt werden, ist eine Illustration klugen Vorgehens bei einer Arbeitsteilung zwischen diesen beiden verschiedenen Sicherheitsorganisationen.

Insgesamt war die Präsenz der Nato in Europa stabilisiert. Wenn man an die Zukunft der Organisation denkt, muß man ihre Bedeutung in Betracht ziehen, sowohl als Forum als auch in der Funktion eines Instruments für Zusammenarbeit auf dem Sicherheitssektor, und darüber hinaus als eine Institution, die die Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten verwaltet. Diese letztere Funktion darf man nicht vergessen. Die Tatsache, daß frühere Feinde so erfolgreich durch die Nato zur Zusammenarbeit gebracht wurden, wodurch die erneute Nationalisierung der westeuropäischen Verteidigungsgegebenheiten verhütet wurde, ist schließlich kein geringer Erfolg.

Noch vor gar nicht langer Zeit war es möglich, die Schlußfolgerung zu ziehen, Fragen einer Erweiterung der Nato hätten keine hohe Priorität auf der Tagesordnung europäischer Sicherheitsbemühungen, und das auf eine gewisse Zeit hin. Jetzt sind wir besser informiert. Heute ist es umsichtig vorauszusagen, daß die Nato bis zum Jahr 2000 neue Mitglieder in ihren Kreis gebeten hat.

Die finnische Stellungnahme zu einer Erweiterung der Nato ist klar. Finnland respektiert die souveränen Rechte aller Länder, die eigenen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, einschließlich der Wahl einer militärischen Allianz. Es muß jedoch unterstrichen werden, daß Veränderungen im militärischen Gefüge Europas und die mögliche Erweiterung innerhalb der Nato so durchzuführen sind, daß in Europa keine neuen Sicherheitsprobleme geschaffen werden. Die Erweiterung der Nato hat offenkundig Auswirkungen auf Nordeuropa. Wir haben schlüssigerweise ein Interesse an einem Rußland, das nicht nur demokratisch ist, sondern das sich auch einverstanden mit einer Natoerweiterung um irgendwelche neuen Mitgliedsstaaten fühlt.

Deshalb sucht Finnland keine Mitgliedschaft in der Nato. Zur Zeit haben wir uns entschlossen, außerhalb militärischer Bündnisse zu bleiben, und wir beabsichtigen, eine glaubwürdig überzeugende nationale Verteidigungsfähigkeit beizubehalten. Wir leiden an keinerlei Sicherheitsdefizit. Diese politische Lösung jedoch ist keineswegs unwandelbar. Wenn sich das europäische Sicherheitsumfeld wesentlich verändert, dann würden wir die neue Situation wie auch die Ausrichtung unserer Politik angesichts solcher Entwicklungen neu bewerten.

Die finnische politische Richtung darf jedoch nicht etwa als passiv gesehen werden. Wir beabsichtigen keineswegs, als passive Zuschauer zu verharren, was die Entwicklung der europäischen Sicherheitsstruktur angeht. Als Mitglied der Europäischen Union sind wir aktiv an den Vorarbeiten beteiligt, die zur IGC 96 führen. Wir sind sowohl bei der NACC als auch bei der WEU aktive Beobachter, und wir planen, unsere gegenwärtigen UN-Streitkräfte als eine militärische Einheit anzubieten, die dann unter dem Oberbefehl der westeuropäischen Union steht, um zu Zwecken der Krisenbewältigung eingesetzt zu werden. Wir nehmen aktiv am Nato-PfP-Programm teil, im Glauben, daß dieses Programm eine wichtige Kontakt- und Kooperationsmöglichkeit darstellt, die dem Zweck dient, auf praktische Weise die beteiligten Länder in die sich entwickelnde europäische Sicherheitsstruktur einzubinden. Schließlich schlägt die finnische Regierung im Bericht über die Sicherheitspolitik, den ich bereits erwähnt habe, die Schaffung eines militärischen Kontingents in Größe eines Bataillons vor, dessen Mitglieder ausgebildet und ausgestattet werden, um gemeinsam mit anderen gleichgesinnten Nationen und deren Einheiten eingesetzt zu werden.

Zur Klarstellung möchte ich noch einmal den Bericht über die Sicherheitspolitik zitieren: „Neben der Erfüllung nationaler Verteidigungsfunktionen muß Finnland seine Bereitschaft ermöglichen und verbessern, um sich an internationalen friedenserhaltenden und Krisenmanagementoperationen zu beteiligen, die militärisch gesehen anspruchsvoller sind und auch vielseitiger. Die Bereitschaft zum Krisenmanagement muß als eine immer bedeutender werdende Komponente in der gesamten Verteidigungspolitik gesehen werden und auch als ein neues Werkzeug der Sicherheitspolitik wie als Element zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Länder.“

Die sicherheitspolitische Bedeutung Rußlands

Ich glaube, daß die russische politische wie wirtschaftliche Entwicklung ein außergewöhnlich bedeutsamer Faktor in der politischen Zukunft Europas ist. Wenn auch die europäische Integration als solche neue Gelegenheiten zur Kooperation zwischen Rußland und dem übrigen Europa bieten kann, so ist es dennoch notwendig, bestimmte Ungewißheiten in Rußland in Betracht zu ziehen, die diese Entwicklung behindern werden.

Rußlands politische Zukunft ist noch ungewiß wegen der beiden künftigen Wahlen und wegen der Instabilität in den Beziehungen zwischen verschiedenen politischen Organen einerseits und zwischen der Zentralverwaltung und der lokalen Ebene andererseits. Aber diese Ungewißheiten muß man realistisch betrachten. Anders gesagt: Rußland ist nicht so schwach, wie heutzutage häufig angenommen wird. Das gilt insbesondere für die nordwestlichen Teile des Landes. Rußland sieht sich verschiedenen ernsthaften Schwierigkeiten im Süden gegenüber, aber das hat nicht zu einer Krise in der gesamten Föderation geführt. Die nordwestlichen Abschnitte — der Leningrader Militärdistrikt — spielen immer noch eine wichtige Rolle im strategischen Denken Rußlands.

Rußland hat verschiedene Verträge über atomare Abrüstung unterzeichnet. Verträge, die die Lage im Bereich Murmansk insbesondere verändert haben. Allgemein wird angenommen, daß in acht Jahren — also 2003 — bereits ein Drittel des gesamten russischen Kernwaffenarsenals dort zu finden sein wird. Und wenn die Russen in Zukunft alle strategischen Unterseeboote dorthin zusammenziehen, dann wird etwa die Hälfte aller russischen Nuklearsprengköpfe dort sein. Selbst wenn diese Schätzungen sich als zu hoch erweisen, wird dennoch die militärische Bedeutung des Bezirks Murmansk erheblich anwachsen. Und das hat eine direkte Auswirkung auf Nordeuropa. Auch möchte ich eine andere Frage militärischer Natur aufgreifen.

Der Militärbezirk Leningrad, der an Finnland angrenzt, zusammen mit dem Nordkaukasus-Militärbezirk bilden die Flanke entsprechend dem CFE-Vertrag. Nach dem Vertrag müssen erhebliche Verringerungen in der Kategorie schwerer Waffen in diesen Bezirken stattfinden, damit Rußland die vertragsmäßig festgelegten Einschränkungsgrenzen erreicht.

Gegenwärtig erscheint es jedoch nicht wahrscheinlich, daß Rußland bereit ist, diese konkreten Vertragsverpflichtungen zu erfüllen. Im Gegenteil: die Menge und Qualität der Rüstungsgüter, die durch den Vertrag eingeschränkt sind, wurden während der letzten Jahre im Militärbezirk Leningrad angehoben. Die russische Rechtfertigung für ein solches Vorgehen war die Notwendigkeit, die Truppen, die aus Mittel- und Osteuropa abgezogen wurden, an einem anderen Ort unterzubringen. Man darf annehmen, daß es noch andere Faktoren im Hintergrund gibt, die im Zusammenhang mit der strategischen Planung gesehen werden müssen. Die Rechtfertigung für den Aufbau der Südflanke steht im Zusammenhang mit dem Konflikt in Tschetschenien. Während der letzten Jahre hat Rußland aktiv versucht, die Frage der Regelungen für die CFE-Flanke erneut zur Sprache zu bringen, wogegen sich die Nato-Länder bislang gewehrt haben, indem sie darauf bestanden, daß der CFE-Vertrag voll umgesetzt werden müsse. Natürlich ist es zutreffend, daß die internationale Situation heute völlig verschieden von der ist, die vorherrschte, als der CFE-Vertrag unterzeichnet wurde. Aber die Nichtverwirklichung der Regeln über die militärischen Flanken wäre ein ernsthafter Rückschritt in der allgemein positiven Entwicklung während der letzten Jahre.

Obleich Finnland nicht dem CFE-Vertrag zugehört, hat es die fortwährende Bedeutung dieses Vertrages unterstrichen, und vor allem die Bedeutung seiner Umsetzung im Sinne europäischer Stabilität. Aus dem Blickwinkel finnischer Sicherheit ist es bedeutsam, daß die Anzahl militärischer Einheiten und Waffen in unserer Nachbarschaft nicht ansteigt. Wenn die russischen Verteidigungsanstrengungen innerhalb der Grenzen des CFE-Vertrages bleiben, so wird dies die Grundlage einer weiteren Festigung der Stabilität darstellen.

Finnland ist sich vollkommen der Entwicklungen in den an Finnland angrenzenden Regionen bewußt. Wir wissen, wie ich zuvor bereits betonte, daß Rußlands Entwicklung von großer Bedeutung für Finnland ist. Auch ist Finnland überzeugt, daß es keine direkte militärische Bedrohung seitens Rußland gibt. Aber die bloße Existenz eines solchen militärischen Potentials ist Grund zu einiger Sorge. Deshalb liegt es im Interesse Finnlands, Maßnahmen zu unterstützen, die dazu beitragen, politische und ökonomische Stabilität in Rußland zu fördern.

Eine bestimmte Diskrepanz, die man beispielsweise in den Beziehungen zwischen Rußland und der Nato angesichts der Frage einer Nato-Erweiterung feststellen kann, muß behoben werden. Es ist selbstverständlich, daß ein jedes Land das unverletzliche Recht hat, unabhängig über seine Sicherheitspolitik zu entscheiden, und daß Rußland keine Vetovollmacht über Entscheidungen eines anderen Landes hat, selbst wenn das betreffende Land zuvor Teil der Sowjetunion war.

Es ist erforderlich, das Netz bilateraler und multilateraler Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern zu verbessern. Die finnische Regierung glaubt, Rußland sollte in diese Bemühungen zur Zusammenarbeit eingeschlossen werden. Neue Möglichkeiten der Kooperation haben sich ergeben, nachdem die EU neue Mitglieder zu Beginn dieses Jahres aufgenommen hat. In dieser Hinsicht ist die Stellung Finnlands gegenüber Rußland einmalig. Finnland ist der einzige EU-Mitgliedstaat, der eine gemeinsame Grenze mit Rußland hat — und zwar nicht weniger als 1.300 Kilometer. Finnland ist ein natürlicher Kooridor, wenn Rußland West- und Mitteleuropa zu erreichen strebt, und umgekehrt, wenn West- und Mitteleuropa Rußland erreichen wollen.

Mit Finnland als Mitglied hat die europäische Union eine lange gemeinsame Grenze mit Rußland bekommen. Als Ergebnis hat sich das Interesse an der Stabilität der Nordostflanke gesteigert. Die Europäische Union ist offensichtlich kein Partner bei irgendeinem Rüstungskontrollabkommen, aber sie ist gewiß in der Lage, Möglichkeiten zu finden, die es ihr erlauben, ihre regionale Sicherheitsrolle in Nordeuropa und im Bereich der Ostsee zu spielen. Es ist in gemeinsamen finnischen und schwedischen — und möglicherweise auch deutschen — Interesse, die Aufmerksamkeit der EU auf den Norden zu richten. Die Union könnte nützlich sein bei der Förderung von Maßnahmen, die auf die Stabilisierung der politischen, wirtschaftlichen und sicherheitsorientierten Lage in den nicht stabilen Teilen dieser Region zielen.

In diesem Zusammenhang ist eine der wichtigsten Aufgaben im Ostseebereich die Stützung der Stabilität in den baltischen Ländern. Daß die drei baltischen Länder in der Lage sind, ihre jeweilige Gesellschaft in Frieden frei und unabhängig aufzubauen, ist gewiß genauso bedeutsam für die EU wie für Schweden und Finnland.

Die EU verdient Dank für die Art und Weise, in der sie sich willens zeigte, Sicherheit und Stabilität in den baltischen Ländern zu unterstützen. In jüngster Zeit spielen diese Länder eine Rolle in dem von der EU angeführten Prozeß, der schließlich in den europäischen Stabilitätspakt mündete. Die Union war willens, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den baltischen Ländern zu stützen, was hoffentlich zu einer Mitgliedschaft dieser Länder in der EU führt. Ein Abschnitt dieses Prozesses wurde diese Woche erreicht, als die sogenannten Europäischen Verträge zwischen den baltischen Ländern und der Union unterzeichnet wurden.

Wir halten es für wichtig, daß die Rolle der Europäischen Union im Ostseebereich bedeutsamer wird. Über die Hilfe hinaus, die den baltischen Ländern und Polen gewährt wurde, hält es Finnland für sehr wichtig, daß die EU auch die wirtschaftliche Entwicklung in der Region Kaliningrad und St. Petersburg fördert. Um den wirtschaftlichen Wohlstand in diesen Bezirken zu steigern, ist es am besten, Stabilität in Nordeuropa zu gewährleisten.

Das Gebiet um St. Petersburg wie auch die Region Kaliningrad haben vom Zusammenbruch der Rüstungsindustrie als Ergebnis des Zerfalls der Sowjetunion gelitten. Obwohl ernsthafte Bemühungen gemacht wurden, die Rüstungsfabriken auf zivile Produktion umzustellen, waren die Ergebnisse nicht immer glücklich. Frühere Rüstungsbetriebe waren einfach nicht in der Lage, vermarktungsfähige zivile Güter zu produzieren. Es liegt im Interesse der EU und im Interesse aller, daß die Umstellung von der militärischen auf die zivile Produktion in Rußland erfolgreich ist. Deshalb betrachte ich es als sehr wichtig, daß die EU fähig ist, eigene Sonderprogramme zu schaffen, die dann eingesetzt werden können, um die russische Umstellung zu unterstützen.

Bereits jetzt haben wir in Finnland verschiedene russische Erklärungen zur Kenntnis genommen, die einer Erwartung Ausdruck geben, daß die finnische Position einen positiven Beitrag zu den Beziehungen zwischen EU und Rußland leistet. Gleichmaßen scheint die EU Finnland als Informationsquelle zu betrachten, die bei der Zusammenarbeit mit Rußland hilfreich ist. Aber wie nun Finnland diese Erwartungen erfüllen kann, muß noch weitgehend abgewartet werden.

Die finnische Regierung hat in ihrem jüngst veröffentlichten Bericht zur Sicherheitspolitik diese Vorstellung folgendermaßen erklärt: „Finnland kann seinerseits Rußlands Reformen und Rußlands Verbindungen zu der Gemeinschaft demokratischer Staaten fördern, indem es natürliche und funktionierende nachbarschaftliche Beziehungen weiterhin unterhält und weiter entwickelt. Finnland dient den eigenen Sicherheitsinteressen, indem es an solch regionaler und europäischer Zusammenarbeit teilnimmt, die darauf abzielt, Rußland mit den gemeinsamen Werten und Institutionen Europas zu verbinden.“

Das ist vielleicht die größte Herausforderung, der wir uns während der verbleibenden Jahre unseres Jahrtausends gegenübersehen.